

Folgen der Energiekrise

31. August 2022 – Die stark gestiegenen Energiepreise infolge des Kriegs in der Ukraine und die Folgen für Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft haben den Landtag beschäftigt. Im Mittelpunkt der Aktuellen Stunde auf Antrag der FDP stand die von der Bundesregierung geplante Gasumlage.

Die Umlage soll angesichts der angespannten Versorgungslage von Gaskunden gezahlt werden, um Rohstoffhändler vor wirtschaftlichen Problemen zu schützen. Das Vorhaben steht in der Kritik, weil auch Firmen profitieren könnten, denen es wirtschaftlich gut geht. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte daher Änderungen angekündigt.

Im Antrag der FDP-Fraktion (18/719) heißt es u. a., dass die Gasumlage viel höher als eigentlich erforderlich ausfalle, wenn es zu keinen „substantiellen Nachbesserungen bei den Antragsbedingungen“ komme. „Eine künstlich hohe Gasumlage zu Gunsten liquider Großimporteure ist zutiefst unfair, überhaupt nicht sachgerecht und droht zudem die sozialen Folgen der Energiekrise weiter zu verschärfen.“

Dietmar Brockes (FDP) warnte, die „rasant steigenden Energiepreise“ senkten die Kaufkraft der Verbraucherinnen und Verbraucher und gefährdeten die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Hier müsse dringend gegengesteuert werden. Brockes kritisierte, die Gasumlage sei handwerklich schlecht gemacht. Auch hoch profitable Rohstoffhändler könnten sich „die Taschen voll machen“. Der Landesregierung warf er vor, keine eigenen Maßnahmen zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Industrie zu planen. CDU und Grüne müssten sich nun „dringend um die Probleme der Gegenwart“ kümmern.

Dr. Jan Heinisch (CDU) entgegnete, dass der Antrag der FDP keine Ideen oder Impulse enthalte, wie die Menschen und die Wirtschaft gut durch die kommenden Monate kommen

könnten. Auch sei die Partei Teil der Bundeskoalition und habe selbst eigene Verantwortung beim Thema Gasumlage. Heinisch nannte den Antrag „blass und durchschaubar“. Die Gasumlage sei grundsätzlich richtig, sie müsse aber korrigiert werden. Es gebe Unternehmen, die Unterstützung benötigten, und solche, die sie nicht benötigten. „Differenzierung“ sei das Gebot der Stunde. Der Bundeswirtschaftsminister arbeite aber bereits an der Umlage.

„Sorgen der Menschen“

„Es geht um viel mehr als die Gasumlage“, erklärte **Alexander Vogt** (SPD), nämlich um die Unterstützung der Menschen und der Unternehmen. Eigene Impulse der Landesregierung blieben aus. Man sei an einem Punkt angelangt, an dem „Menschen nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem Einkommen ihre Wohnung und Energierechnung bezahlen können und ob sie Kühlschrank oder Herd betreiben können“, sagte Vogt. Er frage sich, ob der Ministerpräsident und die Landesregierung von den Sorgen der Menschen überhaupt etwas mitbekommen hätten. Das Land sei mit in der Pflicht, auch den Menschen und den Unternehmen zu helfen.

Trotz schwieriger Zeiten stehe man geschlossen an der Seite der Ukraine gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin, der Energie als Waffe einsetze, betonte der Grünen-Abgeordnete **Michael Röls**. Er verteidigte die Gasumlage, die von Bundestag und Bundesrat mitgetragen werde. Sie werde so angepasst, dass nur diejenigen davon profitierten, die die

Unterstützung tatsächlich benötigten. Die Kostensteigerung beim Gas selbst jedoch falle insgesamt wesentlich mehr ins Gewicht als die Gasumlage. Ideen zur Entlastung lägen vor. Aber: „Ohne massives Energiesparen als gemeinsame Anstrengung wird es nicht gehen“, betonte Röls.

Mit der Aktuellen Stunde wolle die FDP-Fraktion „von den eigentlichen Ursachen der Energiekrise ablenken“ und einen „Schaukampf“ aufführen, sagte **Christian Loose** (AfD). Der größte Treiber für den Anstieg der Gaspreise sei nicht der russische Angriffskrieg, sondern ein „Klimakartell“. Es bestehe aus verschiedenen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen. Sie hätten beschlossen, dass Gas und Öl teurer werden müssten. Das Angebot sei verknappt worden. Gleichzeitig seien Atom- und Kohlekraftwerke abgeschaltet worden. Bereits vor Beginn des Kriegs habe das immense Preissteigerungen verursacht.

Der Ursprung der Energiekrise liege im Angriffskrieg Russlands, entgegnete Wirtschaftsministerin **Mona Neubaur** (Grüne). In einem Wirtschaftskrieg gegen Europa habe Wladimir Putin Gaslieferungen „zur Waffe gemacht“. Deutschland habe zuvor einseitig auf russisches Gas gesetzt und versäumt, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Bei der Gasumlage wiederum solle im Bund nachgebessert werden, um diese mehr am „Prinzip der Solidarität“ auszurichten. Zeitgleich müsse ein sozial- und industriepolitisches Entlastungspaket eingeführt werden, von dem u. a. Menschen mit geringem Einkommen sowie der Mittelstand profitierten.

wib, sow, tob

Foto: Schälte